

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 15749
Dienstag, 28. Jänner 2020

EU-Agrarminister akzeptieren den Green Deal	1
US-Agrarminister hat kein Verständnis für EU-Chlorhendl- und Hormonfleischverbot	2
Landwirtschaftskammer NÖ fordert schon längst klare Kennzeichnung von Honig	3
Land&Forst Betriebe: Wintersport mit Verantwortung für Wald und Wild	4
Salzburger Bäuerinnen und Bauern wählen am 16. Februar ihre Landesvertretung	5
Kartoffelmarkt: Inlandsangebot weiterhin gut ausreichend	5
Leipnik-Lundenburger setzt Wachstumspfad fort	6
OÖ: Großes Interesse an Teilnahme am Tiergesundheitsdienst	7
Kasachstan: Schlachtierproduktion 2019 gestiegen	8
NÖ: Anhebung der Mindestlöhne im neuen bäuerlichen Kollektivvertrag verankert	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Agrarminister akzeptieren den Green Deal

Einigung über Übergangsregelung im März angestrebt

Brüssel, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - "Der EU-Agrarsektor muss sich am Klimaschutz beteiligen. Auch wenn es manchen Landwirten Sorgen bereitet, aber daran führt kein Weg vorbei", betonte EU-Vizekommissionspräsident **Frans Timmermans** auf dem EU-Agrarministerrat am Montag in Brüssel. Ein Wandel sei immer schwierig, weshalb er die Skepsis unter den Landwirten verstehe, führte Timmermans aus, der für den Green Deal vor den EU-Agrarministern warb. Der Vizekommissionspräsident ist durchaus bereit, dem Agrarsektor eine Sonderrolle zuzubilligen. So dürfe wegen der Versorgung mit Nahrungsmitteln die Erzeugung nicht unnötig belastet werden. Timmermans ließ aber keinen Zweifel daran, dass die Landwirtschaft zukünftig weniger Treibhausgase ausstoßen müsse und den Pflanzenschutzinsatz zu vermindern habe. * * * *

"Wenn wir den Green Deal ernst nehmen, brauchen wir eine angemessene Abgeltung für unsere Leistungen. Die Kürzungen in der Ländlichen Entwicklung sind hier der falsche Weg", erklärte Landwirtschaftsministerin **Elisabeth Köstinger**. Österreich sei beim Food Sustainability Index des Economist auf Platz eins von 67 Ländern gereiht, wenn es um Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft geht. "Das hat auch EU-Kommissar Janusz Wojciechowski bei seinem Antrittsbesuch in Österreich vergangene Woche begrüßt. Wir sind ein Vorbild für ganz Europa und wollen unser Modell der Agrarpolitik auch in andere Länder exportieren. Daher werde ich mich im kommenden Jahr sehr intensiv in die Verhandlungen rund um die Gemeinsame Agrarpolitik einbringen", erklärte Köstinger.

Klößner: Landwirten nicht scheinweise immer Neues abverlangen

"Auch wenn die EU-Agrarminister mit dem Green Deal und der angestrebten Klimaneutralität bis 2050 einverstanden sind, sollte aber mal konkret werden, was auf die Landwirte zukommt", erklärte die deutsche Bundeslandwirtschaftsministerin **Julia Klößner**. Der Green Deal und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssten ineinandergreifen und den Landwirten dürfe nicht scheinweise immer Neues abverlangt werden, forderte Klößner. Im EU-Agrarhaushalt müsse es einen Mindestanteil für Klima- und Umweltmaßnahmen geben und einen vorgeschriebenen Prozentsatz für die Branche in allen EU-Mitgliedstaaten. Wenn alle landwirtschaftlichen Betriebe ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten, sei es unsinnig, den Großbetrieben die Unterstützung zu kürzen, meinte Klößner.

Der französische Landwirtschaftsminister **Didier Guillaume** sieht durch den Green Deal seine Erwartungen an die GAP-Reform bestätigt. Frankreich hält die neuen Ökoregelungen (Eco-Schemes) für das zentrale Element der Reform, das deshalb alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtend den Landwirten anbieten sollten. Guillaume forderte von der EU-Kommission konkrete Zahlen für die Verminderung des Pflanzenschutzsatzes. Frankreich habe sich vorgenommen, die heutige Menge an Wirkstoffen bis 2025 zu halbieren.

Der dänische Landwirtschaftsminister **Mogens Jensen** betonte, wenn 40% der Mittel im EU-Agrarhaushalt als klimafreundlich gekennzeichnet werden, ändere dies an der Praxis nichts. Es käme dafür auf die Maßnahmen im Einzelnen an. Dänemark setze auf Anreize für seine Landwirte beim Gewässer- und Klimaschutz, berichtete Jensen. Vor buchhalterischen Tricks bei der klimafreundlichen Kennzeichnung von Agrarförderungen warnte auch die schwedische Landwirtschaftsministerin

Jennie Nilsson. Der rumänische Landwirtschaftsminister **Nechita-Adrian Oros** regte eine Verminderung der Tierbestände an. **Carola Schouten** aus den Niederlanden setzt ebenfalls auf die Ökoregelungen in der 1. Säule der GAP, um den klimafreundlichen Umbau des Agrarsektors zu ermöglichen. Allerdings erklärte die niederländische Ministerin als einzige, die GAP-Reform und der Green Deal müssten unabhängig von der Höhe des EU-Agrarhaushalts beschlossen werden. Die anderen EU-Agrarminister wollen sich dagegen nur auf erhöhte Anforderungen an Klima und Umwelt einlassen, wenn dahinter ausreichende Agrarfinanzen stehen.

EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski zeigte sich nach der Debatte der Minister erleichtert. Er habe mit mehr Widerstand gegenüber dem Green Deal gerechnet, gab er zu. Jetzt stelle er eine große Bereitschaft unter den EU-Agrarministern fest, auf die Klimaschutzpläne der EU-Kommission einzugehen. Der Umbau müsse sich aber wirtschaftlich und sozial nachhaltig gestalten. Deshalb unterstütze Wojciechowski die Forderung der Landwirtschaftsminister nach einem ausreichend ausgestatteten EU-Agrarhaushalt.

Rasch Klarheit für Übergangsregelung schaffen

Ein weiteres Thema auf der Agenda des EU-Rates für Landwirtschaft war die Übergangsregelung für das Jahr 2021. Die Landwirte bräuchten möglichst rasch Klarheit, wie es mit der GAP weitergehe, betonte EU-Agrarratspräsidentin **Marija Vuckovic**. Sie schlägt eine Übergangsverordnung vor, nach der im Jahr 2021 die alte Agrarpolitik weiter gelten soll. Allerdings müsste zur Finanzierung schon das Geld aus der kommenden Haushaltsperiode von 2021 bis 2027 herangezogen werden. Die kroatische Präsidentschaft strebe eine Einigung über die Übergangsregelung im Agrarrat im März an, erklärte Vuckovic. Mit der Formel "alte Politik und neues Geld" erklärten sich die EU-Mitgliedstaaten einverstanden. Unterschiedliche Ansichten gab es lediglich über die Länge der Übergangsfrist. Ein Jahr reiche nicht, fürchtet Klöckner. Sie wies auf die lange Vorbereitungszeit hin, die besonders die föderal organisierten EU-Mitgliedstaaten für die nationalen Strategiepläne bräuchten. Auch Tschechien und Luxemburg meinen, ein Übergang von zwei Jahren sei realistischer. Vuckovic plädiert für ein Jahr, das man aber rasch um ein weiteres verlängern kann, wenn es notwendig ist. (Schluss) mö

US-Agrarminister hat kein Verständnis für EU-Chlorhendl- und Hormonfleischverbot

Perdue: Einfuhrbeschränkungen stehen EU/US-Handelsabkommen im Weg

Brüssel/Washington, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - Die US-Regierung hat die Einfuhrverbote der EU für Chlorhühner und Hormonfleisch kritisiert. Die Vorbehalte der Europäer gegenüber diesen Produkten entbehren "einer soliden wissenschaftlichen Grundlage", sagte US-Landwirtschaftsminister **Sonny Perdue** laut APA am Montag nach einem Treffen mit EU-Handelskommissar Phil Hogan in Brüssel. Mit Blick auf ein mögliches Handelsabkommen sollte die EU demnach ihre Haltung dazu überdenken.
* * * *

In den USA wird Geflügel häufig mit Chlor behandelt, um krank machende Keime abzutöten. Wachstumsfördernde Hormone kommen besonders in der Rinderzucht zum Einsatz. Beide Methoden sowie die Einfuhr derartiger Produkte sind in der EU verboten. Befürchtungen, dass dies mit dem transatlantischen Handelsabkommen TTIP aufgeweicht werden könnte, hatten noch 2015 zu

Massenprotesten geführt. Perdue beklagte eine "Verunglimpfung" der US-Geflügelproduktion. Tatsächlich werde das Fleisch in Wirklichkeit gar nicht mit Chlor gereinigt: "Im Wesentlichen ist es Essig" und keinesfalls unsicher, sagte der US-Minister. Auch bei der Hormonbehandlung von Rindern sei wissenschaftlich keine Beeinträchtigung der Lebensmittelsicherheit nachgewiesen. Allerdings würden die Einfuhrbeschränkungen die Handelsbilanz seines Landes mit der EU verschlechtern, sagte Perdue weiter.

US-Präsident Donald Trump ist das transatlantische Handelsdefizit der USA ein Dorn im Auge. Seit Monaten droht er deshalb mit Strafzöllen auf Einfuhren europäischer Autos. Die Aufhebung der Verbote von Chlorhühnern und Hormonfleisch nannte sein Landwirtschaftsminister nun als Beispiele dafür, wie die EU Abhilfe leisten könnte. Brüssel hatte bisher auf ein Industrieabkommen mit den USA gedrängt. Zuletzt war auch die Rede von einer Ausweitung auf die Bereiche Technologie und Energie gewesen. Besonders Frankreich ist aber vehement dagegen, landwirtschaftliche Produkte mit einzubeziehen. Auch die deutsche Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner sagte am Montag, "dass wir den landwirtschaftlichen Sektor da gerne raushalten möchten". (Schluss)

Landwirtschaftskammer NÖ fordert schon längst klare Kennzeichnung von Honig

Zuständiges Ministerium soll Honigverordnung rasch überarbeiten

St. Pölten, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - Während die Primärzutaten-Verordnung künftig auf EU-Ebene auch die Lebensmittelherkunft bei verarbeiteten Produkten regelt, gibt es aus Sicht der Landwirtschaftskammer (LK) Niederösterreich auch für Honig dringenden Handlungsbedarf. So hat der von der LK durchgeführte Lebensmittel-Check im Herbst 2019 bei diesem Erzeugnis große Mängel bei den Herkunftsangaben aufgezeigt. * * * *

In Österreich ist die Kennzeichnung des Ursprungslandes von Honig in der Honigverordnung geregelt. Hat der aber seinen Ursprung in einem EU-Mitgliedstaat oder Drittland, so reicht die Angabe "Mischung von Honig aus EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern". Für Konsumenten ist eine nachvollziehbare Herkunft damit aber unmöglich. Im Rahmen der gestrigen Agrarministerratsitzung der EU wurde, initiiert von Spanien und Frankreich, genau dieser Missstand diskutiert.

"Als bäuerliche Interessenvertretung begrüßen wir solche Vorschläge, schließlich ist die lückenlose und klare Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel eine der zentralen Forderungen des Zukunftsplanes 2020 bis 2025 der LK Niederösterreich", so deren Präsident **Johannes Schmuckenschlager**.

Als Interessenvertretung für die heimischen Imker appelliert die LK daher an das zuständige Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, den Vorschlag rechtlich zu prüfen und die Honigverordnung rasch zu überarbeiten. Als Vorbild könnte etwa Frankreich dienen, das bereits einen Vorschlag zur strengeren Regelung auf nationaler Ebene ausgearbeitet hat. Auch hinsichtlich des heimischen Selbstversorgungsgrades bei Honig (rund 50%) und der hohen jährlichen Importzahlen von zuletzt 8.044 t ist hier dringend Handlungsbedarf zur Sicherheit der österreichischen Konsumenten gegeben. (Schluss)

Land&Forst Betriebe: Wintersport mit Verantwortung für Wald und Wild

Skitourengeschehen und Wildtiere - ein Konflikt, der keiner sein muss

Wien, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - Österreich ist eine beliebte Wintersportnation und wenn in wenigen Tagen die ersten Bundesländer in die Semesterferien starten, wird diese freie Zeit vielfach dazu genutzt, um sie in der Natur zu verbringen. Unabhängig davon, welcher winterlichen Sportart man in der Natur nachgeht, einige einfache Regeln müssen dabei beachtet werden, um Wald und Wild zu schützen. * * * *

Der Wald ist neben einem wunderbaren Erholungs- und Freizeitort vor allem auch Lebensraum vieler Wildtiere. Diese müssen im Winter auf ihren Energiehaushalt achten und jede Art von Stress vermeiden. Die Land&Forst Betriebe Österreich appellieren daher an Skitourengeschehen und Schneeschuhwanderer, diese immer beliebter werdenden Sportarten mit Rücksicht und Verständnis für die Natur auszuüben. Tourismusverbände, Grundeigentümer sowie zahlreiche Vereine und Kooperationen bieten bereits ein dichtes Netz an ausgewiesenen Strecken an, wo man sicher sein kann, dass man in keinen sensiblen Bereichen unterwegs ist. Informationen und Hilfe bei der Tourenplanung mit Rücksicht auf Wildtiere und deren Ruhezeiten bietet auch die Initiative "RespektIERE deine Grenzen" unter www.respektiereinegrenzen.at.

Wildtiere brauchen Ruhe

"Wildtiere sind grundsätzlich gut an die Jahreszeiten angepasst und fressen sich im Herbst Fettreserven an. Dennoch brauchen sie im Winter zum Überleben viel Ruhe und Rückzugsräume, wo sie ungestört sind. Futtersuche und Fortbewegung verlangen ihnen dann bereits viel Kraft und Energie ab. Wintersportler, die sich im Einzugsbereich von Wildtieren bewegen, lösen in dieser besonders sensiblen Zeit eine Fluchtreaktion durch den Schnee aus, bei der die Tiere so viel Energie verbrauchen, dass sie sogar daran verenden können", appelliert **Felix Montecuccoli**, Präsident der Land&Forst Betriebe Österreich, an alle Freizeitsportler in der Natur.

Jungwälder brauchen Schutz

Daneben ist ebenso ein verantwortungsvolles Verhalten gegenüber dem Wald von großer Bedeutung. In schneereichen Gebieten sind Jungkulturen oft so weit mit Schnee bedeckt, dass sie nicht mehr sichtbar sind und daher als vermeintlicher Skihang erscheinen. In der Schneedecke werden jedoch die eingeschneiten Baumwipfel durch das Befahren und besonders durch Schwünge mit den Skikanten verletzt.

Das Österreichische Forstgesetz untersagt Sommer wie Winter das Betreten und Befahren von Jungwäldern unter einer Höhe von drei Metern. "Wir bitten Skitourengeschehen unbedingt, junge Baumkulturen zu meiden. Die Bäume der Jungbestände dürfen nicht beschädigt werden. Diese Flächen sind gleichzeitig oft auch Aufenthaltsort von Wildtieren", erklärt der Verbandspräsident. "Wir brauchen dringend die Verjüngung in den alpinen Wäldern zur Aufrechterhaltung aller Schutzfunktionen für die Zukunft", so Montecuccoli weiter.

Die Initiative "RespektTIERE deine Grenzen" zeigt fünf Regeln für ein verantwortungsvolles Schneeschuh- oder Skitourengehen auf. Dazu zählt, auf gekennzeichneten Touren zu bleiben und Hinweistafeln sowie Schutz-, Schon- und Sperrgebiete unbedingt zu beachten. Aus Rücksicht auf Wildtiere sind deren Futterstellen zu meiden und bei Sichtung eines Wildtieres ist der sofortige, ruhige Rückzug anzutreten. Junge Baumkulturen (unter drei Meter) sind zu meiden, die Skikanten können große Schäden an den Bäumen anrichten. Ferner sind Abfälle mitzunehmen und nicht in der Natur zu belassen. Schließlich ist auch Lärm zu vermeiden. (Schluss)

Salzburger Bäuerinnen und Bauern wählen am 16. Februar ihre Landesvertretung

Fünf Listen treten an - 32.046 Personen sind wahlberechtigt

Salzburg, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - Am 16. Februar wählen die Salzburger Bäuerinnen und Bauern ihre Landesvertretung neu. Wahlberechtigt sind 32.046 natürliche und juristische Personen (z. B. Obmänner von Verbänden und Vereinen) - ein Minus von 542 Personen gegenüber dem Urnengang 2015. Stärkste Fraktion in der aktuellen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer (LK) Salzburg sind die ÖVP-Bauern mit 21 Mandaten, der Unabhängige Bauernverband hält fünf und die SPÖ-Bauern sowie die Freiheitliche Bauernschaft jeweils ein Mandat. Neben diesen vier Fraktionen stellt sich heuer auch wieder eine Grüne Liste zur Wahl. Präsident der LK Salzburg ist seit November 2018 Rupert Quehenberger. Er tritt am 16. Februar für die Liste "Salzburger Bauernbund Quehenberger" an. * * * *

Zeitgleich auch Wahlen zu Vollversammlungen der Bezirksbauernkammern

Neben der Vollversammlung der LK Salzburg werden am 16. Februar auch die Parlamente der fünf Bezirksbauernkammern neu gewählt. Somit bekommen alle stimmberechtigten Wähler zwei Stimmzettel mit in die Kabine. Vorzugsstimmen können nicht vergeben werden. (Schluss)

Kartoffelmarkt: Inlandsangebot weiterhin gut ausreichend

Aussortierungen sorgen für zügigen Lagerabbau - Erzeugerpreise stabil

Wien, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - Am österreichischen Speisekartoffelmarkt läuft der Absatz unaufgeregt auf einem für diese Jahreszeit üblichen Niveau. Die verfügbaren Angebotsmengen sind weiterhin gut ausreichend. Neben dem stetigen Absatz am Inlandsmarkt sorgen auch die steigenden qualitätsbedingten Aussortierungen für entsprechend zügige Räumung der Lager. Engpässe zum Saisonende werden aus heutiger Sicht aber keine erwartet, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit. Keine Besserung gibt es vom Exportmarkt zu berichten. * * * *

Die Erzeugerpreise liegen stabil auf dem Vorwochniveau. In Niederösterreich wurde zu Wochenbeginn ein Preisband von 22 bis 28 Euro/100 kg je nach Sorte und Qualität genannt, wobei für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel meist 25 Euro bezahlt werden. Aus Oberösterreich wurden unveränderte Preise von bis zu 28 Euro/100 kg gemeldet.

Am deutschen Kartoffelmarkt hat sich wenig geändert. Speiseware steht in knapp bedarfsdeckenden Mengen zur Verfügung. Teilweise ist die Nachfrage größer als das Angebot, viele Lagerhalter agieren derzeit eher zurückhaltend. Preislich gibt es gegenüber der Vorwoche noch keine Änderung. Im Bundesdurchschnitt wurden zuletzt Preise zwischen 21,70 und 23,50 Euro/100 kg gemeldet. Die erwarteten Preiserhöhungen für Kisten- oder Kühlhausware ließen sich am Markt noch nicht durchsetzen. (Schluss)

Leipnik-Lundenburger setzt Wachstumspfad fort

Konzernumsatz bei Töchtern erneut gestiegen - Umsatz um 5,6% erhöht

Wien, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Leipnik-Lundenburger Invest Beteiligungs AG (LLI) konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2018/19 einen Umsatz von 1.121,01 Mio. Euro erwirtschaften. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 5,6%. Daraus resultierte eine Steigerung des operativen Ergebnisses (EBIT) um 14,8% auf 54,62 Mio. Euro. Die LLI erzielte auch aufgrund eines schwierigen agrarischen Umfelds und einer dementsprechend negativen Ergebnisentwicklung im Bereich Zuckerbeteiligungen (Südzucker, Agrana) ein EBT (Gewinn vor Steuern) von 37,22 Mio. Euro. * * * *

"Aufgrund von umfassenden Maßnahmen in der Holding und bei den Töchtern konnten wir den Erfolgskurs fortsetzen und den Umsatz erneut steigern. Im Segment Mehl & Mühle waren die strategische Investitionsoffensive und im Segment Vending der eingeschlagene Wachstumspfad wesentliche Faktoren für das erfolgreiche Ergebnis im Geschäftsjahr 2018/19", erläutert LLI-Generaldirektor **Josef Pröll**. "Im Agrar- und Lebensmittelbereich, und hier vor allem in unseren Kernbereichen Mehl & Mühle sowie Vending, konnten wir unsere Wettbewerbsfähigkeit als Lebens- und Genussmittel-Holding nachhaltig sichern. Ich bin überzeugt, dass wir auf dieser Grundlage den bisherigen Erfolgskurs auch im laufenden Geschäftsjahr fortsetzen können", so Pröll.

Mehl & Mühle: Rekordergebnis und Mühlenneubau festigen Marktführerschaft

Die GoodMills Group erzielte 2018/19 Umsatzerlöse in der Höhe von 881,61 Mio. Euro. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einer Steigerung von 6,4%. Das operative Ergebnis konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr um 2,7% auf 23,14 Mio. Euro gesteigert werden. Das bedeutet das beste Ergebnis seit Bestehen der Gruppe. Lediglich die Gesamtmahlmenge von 2,86 Mio. t war durch zuletzt herausfordernde Anbaubedingungen in der Landwirtschaft leicht rückläufig.

Die GoodMills Group mit Sitz in Wien und 25 Mühlen in sieben Länderorganisationen setzt damit den eingeschlagenen Erfolgskurs fort. Der Fokus wird dabei weiterhin auf Innovation, Technisierung und Markenstärkung liegen. Dazu gehört auch die Investitionsoffensive in Deutschland mit dem Mühlenneubau in Krefeld, mit dem die GoodMills Group die Effizienz steigert und die Basis für nachhaltiges Wachstum legt. Im Sommer 2020 wird hier auf einer Fläche von 47.000 m² eine der größten und modernsten Mühlen Europas in Betrieb gehen und vom Krefelder Rheinhafen aus Millionen von Menschen mit dem Grundnahrungsmittel Mehl versorgen. Mit einer Vermahlungskapazität von 365.000 t pro Jahr soll die Mühle neue Maßstäbe bei Produktsicherheit, Hygiene und Energieeinsatz setzen.

Vending: Investitionen bringen positive Entwicklung

Im Segment Vending konnte ein Umsatz von 239,40 Mio. Euro und damit eine Steigerung von 3% erzielt werden. Durch Investitionen in neue Geräte und die Weiterentwicklung des Serviceangebots konnten der eingeschlagene Wachstumskurs fortgesetzt und die Position als führender Kaffeedienstleister in Zentral- und Osteuropa weiter ausgebaut werden.

Die Geschäftsentwicklung 2018/19 war zwar von einem durch Konjunkturabflachung und einem Wandel im Konsumentenverhalten gebremsten Umsatzwachstum geprägt, trotzdem wurde im Vergleich zum Vorjahr ein konstanter Gerätebestand verzeichnet. Die negative Entwicklung in Österreich wird dabei durch den Gerätezuwachs im internationalen Bereich kompensiert. Während der Nicht-Heißgetränkeautomaten-Bereich sowohl in Österreich als auch international positiv war, entwickeln sich der Heißgetränkeautomaten- und Office Coffee Service-Bereich leicht rückläufig. Das operative Ergebnis konnte insbesondere durch die starken Steigerungen im Snackbereich um 3,6% auf 23,19 Mio. Euro erhöht werden.

Weiterhin stabile und positive Entwicklung erwartet

Die LLI rechnet für den weiteren Verlauf des neuen Geschäftsjahres mit einer weiterhin stabil positiven Entwicklung. "Die GoodMills Group wird nach Inbetriebnahme der neuen Mühle in Krefeld die Vermahlungsmengen weiter steigern sowie ihre Marktführerschaft festigen und weiter ausbauen können. Zudem bringt der neue Standort Verbesserungen im Bereich der Lieferlogistik, die sich positiv auswirken werden. In den nächsten Jahren werden auch die 2019 initiierten Investitionen und Projekte im Segment Vending positive Auswirkungen zeigen. Insbesondere die Prozess- und Kostenoptimierung des Wareneinkaufs wird in den nächsten zwei Jahren umgesetzt und eine nachhaltige Weiterentwicklung im Segment Vending ermöglichen. Aber auch die Hebung von Potenzialen im Vertrieb, ein Projekt für Digitalisierung und Telemetrie sowie eine Payment-App, die sich in der Planungsphase befindet, werden positive Effekte erzielen und einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Zukunft leisten", so Pröll. (Schluss)

OÖ: Großes Interesse an Teilnahme am Tiergesundheitsdienst

Grabmayr: TGD auch wichtig für Konsumentenschutz und Qualität der Lebensmittel

Linz, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - In Oberösterreich sind bereits 10.420 Betriebe Teilnehmer beim Tiergesundheitsdienst (TGD), sie werden von 308 Tierärzten (inklusive tierärztliche Mitarbeiter) betreut. "Im Vergleich mit anderen Bundesländern haben wir eine ausgezeichnete Teilnahmequote. Betrachtet man Betriebe mit höheren Tierzahlen, so werden 98% der bei uns gehaltenen Schweine, 93% der Rinder, 84% der Schafe und 92% der Ziegen im Tiergesundheitsdienst betreut", berichtet der Vizepräsident der Landwirtschaftskammer (LK) OÖ, **Karl Grabmayr**. * * * *

Der OÖ Tiergesundheitsdienst (TGD) wurde im Jahr 2003 mit dem Ziel gegründet, durch Beratung der landwirtschaftlichen Tierhalter und regelmäßige Betreuung der Bestände durch die TGD-Tierärzte die Tiergesundheit weiter zu verbessern und den Einsatz von Tierarzneimitteln zu verringern. "Diese Maßnahmen tragen wesentlich zur Sicherung der Tiergesundheit und des -schutzes, des Konsumentenschutzes sowie zur Qualität der Lebensmittelproduktion bei", wie Grabmayr betont.

Die Teilnahme am Tiergesundheitsdienst sei zwar freiwillig, für Produktionsformen, die einen gewissen Tierarzneimiteleinsetz durch den Landwirt voraussetzen (Eisenprophylaxe, Impfprogramme), sei jedoch eine TGD-Teilnahme unverzichtbar und für viele Qualitätsprogramme wie etwa das AMA-Gütesiegel sei sie ohnehin verpflichtend.

Aus- und Weiterbildung für Tiergesundheit essenziell

"Zur optimalen Haltung und Betreuung von Tieren ist viel Sachkenntnis erforderlich. Im TGD sind daher Tierärzte und Landwirte verpflichtet, regelmäßig an Weiterbildungsveranstaltungen in den Bereichen Tiergesundheit und Arzneimittelanwendung teilzunehmen", so Grabmayr. Das Ländliche Fortbildungsinstitut (LFI) biete seit vielen Jahren verschiedenste Angebote zu diesem Thema an. Das Kursangebot in Oberösterreich sei sehr vielfältig, es gebe verschiedene TGD-Grund- und Weiterbildungskurse nach Tierarten gegliedert sowie auch einen TGD-Onlinekurs zum Thema Biosicherheitsmaßnahmen am landwirtschaftlichen Betrieb. "Allein im Kalenderjahr 2019 nahmen insgesamt 1.695 Personen an einem TGD-Kurs des LFI OÖ teil", berichtet Grabmayr.

Weiterentwicklung im TGD

"Digitalisierung, Datenmanagement sowie länderübergreifende Zusammenarbeit sind die Themen der Zukunft, welchen sich die Tiergesundheitsdienste zu stellen haben. Hier bedarf es entsprechender struktureller Anpassungen. Nur so können Synergien genutzt werden", unterstreicht **Gottfried Schoder**, Geschäftsführer des OÖ Gesundheitsdienstes. Durch die Unterstützung des Landes OÖ sei es möglich, ein attraktives Angebot zur Verfügung zu stellen. Damit könne dem Leitsatz "Vorbeugung ist besser als heilen" besser Nachdruck verliehen werden. "Viele Untersuchungen würden nicht durchgeführt, wenn der Tierhalter die gesamten Kosten zu tragen hätte. Es sind dies gut eingesetzte Gelder, die dem Verbraucher in Form verbesserter Qualität zugutekommen", so Schoder. (Schluss)

Kasachstan: Schlachtierproduktion 2019 gestiegen

Zuwachs bei Rindfleisch um 5%

Nursultan, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - In Kasachstan hat 2019 die Erzeugung von Rindfleisch nach Angaben des dortigen Landwirtschaftsministeriums um 5% auf mehr als 501.000 t Schlachtgewicht gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Bei Geflügelfleisch ist sogar ein Produktionsanstieg um 16% auf etwa 223.000 t zu verzeichnen, berichtete Ressortchef **Saparchan Omarow** bei einer Regierungsberatung zur Entwicklung der Veredelungswirtschaft in Nursultan. Höher als 2018 fiel auch die Erzeugung von Lamm-, Pferde- und Schweinefleisch aus. * * * *

Gleichzeitig registrierte das Ministerium einen Zuwachs bei den Rinderbeständen im Berichtsjahr um 4% auf rund 7,4 Mio. Stück sowie von Pferden um 6,8% auf 2,8 Mio. Stück. Zugleich stieg die Zahl von Schafen und Schweinen um 2,7% auf zirka 16,9 Mio. beziehungsweise um 2,9% auf gut 822.200 Tiere, während bei Geflügel ein Bestandszuwachs um 2% auf 44,3 Mio. Stück verzeichnet wurde. (Schluss) pom

NÖ: Anhebung der Mindestlöhne im neuen bäuerlichen Kollektivvertrag verankert

Bringt mehr Praxisnähe - auch Arbeitsrechtspaket umgesetzt

St. Pölten, 28. Jänner 2020 (aiz.info). - Die Landwirtschaftskammer (LK) und die Landarbeiterkammer (LAK) Niederösterreich haben sich nach längeren Verhandlungen auf eine Modernisierung und Vereinfachung des Kollektivvertrages für bäuerliche Dienstnehmer in diesem Bundesland geeinigt. Im Fokus standen insbesondere die Umsetzung des Mindestlohns von 1.500 Euro ab 1. Jänner 2020 und die Weiterentwicklung zahlreicher arbeitsrechtlicher Bestimmungen im Sinne notwendiger Praxisnähe. * * * *

"Mit der Neugestaltung der kollektivvertraglichen Regeln können die bäuerlichen Dienstgeber und ihre Beschäftigten Vereinbarungen vornehmen, die den Anforderungen der land- und forstwirtschaftlichen Produktion wesentlich besser entsprechen", betont **Felix Montecuccoli**, Vorsitzender des Lohnkomitees der LK Niederösterreich. Das betrifft vor allem die Zuschläge für Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit sowie die Möglichkeiten zur flexiblen Gestaltung der Arbeitszeit. Gleichzeitig wurden kaum handzuhabende, schwer verständliche Regelungen durch einfachere ersetzt. Maßnahmen zur Kostendämpfung runden das Paket ab.

Lohnerhöhungen in allen Kategorien

Von den Änderungen im Rahmenrecht sind alle Dienstnehmer betroffen. "Deshalb war es uns besonders wichtig, dass auch Beschäftigte, die Überzahlungen erhalten, von angemessenen Lohnerhöhungen profitieren", fügt LAK-Kammeramtsdirektor **Walter Medosch** hinzu. "Wir sind überzeugt davon, dass mit dieser Einigung eine faire Regelung geschaffen wurde, die das gesamte Abrechnungssystem transparenter und für beide Seiten einfacher sowie übersichtlicher macht", ergänzt NÖ LAK-Präsident **Andreas Freistetter**, der die Verhandlungen für die Arbeitnehmerseite führte.

Die Anhebung der kollektivvertraglichen Lohnansätze und die Neugestaltung der Lohn tafel sollen gleichzeitig ein Signal für die Attraktivität der Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft sein. Weitere Schritte zur Sicherstellung ausreichender Arbeitskräfte in diesem Bereich und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sollen folgen, heißt es.

KV-Abschluss für bis zu 6.000 Dienstnehmer

Der Kollektivvertrag für bäuerliche Dienstnehmer in Niederösterreich regelt die Arbeitsverhältnisse und Löhne sämtlicher Arbeitnehmer in bäuerlichen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Dazu zählen landwirtschaftliche Facharbeiter, Traktorführer, kaufmännische Angestellte wie auch Erntehelfer. Die Zahl der Beschäftigten in bäuerlichen Betrieben in Niederösterreich unterliegt saisonalen Schwankungen, sie stieg in den letzten Jahren während der Saison stetig auf über 6.000 Dienstnehmer.

Der neue bäuerliche Kollektivvertrag inklusive der Lohnansätze mit Gültigkeit ab 1. Jänner 2020 ist auf den Webseiten der LK NÖ (http://bit.ly/Bäuerlicher_Kollektivvertrag_neu) und der LAK NÖ (www.landarbeiterkammer.at/noe in der Rubrik Recht > Kollektivverträge) abrufbar. (Schluss)